



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Ministerin

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:
Landesrechnungshof
Schleswig-Holstein
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

Kiel, 25. Oktober 2013

Antworten der Landesregierung zu den Fragen der FDP-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2014 - Teil 1 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den ersten Teil der Antworten der Landesregierung zu den durch die FDP-Fraktion gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2014.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Monika Heinold

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	03
Seite:	7, 38 f.
Kapitel:	03 01
Titel:	422 01, Stellenplan
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2012:	4.106,9 T€
Ansatz Soll 2013:	3.899,3 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	5.461,1 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie begründet sich der Anstieg des Ansatzes gegenüber dem Soll 2013?
2. Warum wurden neue Stellen geschaffen und wie begründet sich die Stellenumwandlung?
3. Sind neue Aufgaben hinzugekommen? Wenn ja, welche?
4. Welche Auswirkungen hat dies auf den Stellenabbauplan?

Antwort der Landesregierung:

1. Mit Inkrafttreten der neuen Geschäftsverteilung zum 01.04.2013 ist unter anderem die Zuständigkeit für die Aufgaben des Chief Information Officers (CIO) der Landesregierung und des Zentralen IT-Managements Schleswig-Holstein auf die Staatskanzlei aus dem IM übergegangen. Bei Titel 0301- 422 01 sind für das vorhandene Personal 935,8 T€ und entsprechende Stellen übertragen worden, sodass es zu einem Anstieg des Haushaltsansatzes gegenüber dem Soll 2013 kommt.

Außerdem bestand für die Staatskanzlei und die Landesvertretung aufgrund des auskömmlichen Personalbudgets in den Jahren 2000 ff. kein Anspruch auf Tarif- und Besoldungsverstärkungsmittel. Das Personalbudget wurde in Absprache mit dem Finanzministerium bislang - trotz einer strukturellen Unterfinanzierung - nicht an die tatsächlichen Entwicklungen angepasst. Im Jahr 2013 wird die Personalkostenrücklage der Staatskanzlei voraussichtlich aufgebraucht und eine Anpassung des Personalbudgets an die tatsächlichen Verhältnisse erforderlich sein. Der Mehrbedarf wurde in den Haushaltsentwurf 2014 aufgenommen.

Des Weiteren ist der entstehende Personalkostenmehrbedarf für die Besetzung von

vier neu aufgenommenen Stellen für nicht besetzte Aufgaben im neuen Stabsbereich für Zentrale IT-, Organisations- und Personalentwicklung enthalten. Die entstehenden Kosten können aus dem Personalbudget der Staatskanzlei nicht erwirtschaftet werden.

2. Die in den Haushaltsentwurf 2014 neu aufgenommenen Stellen sollen dazu dienen, den deutlich wachsenden Aufgabenumfang im Bereich IT-Management und Organisationsentwicklung aufzufangen. Dieser ist ausgelöst einerseits durch die Herausforderungen des Personalabbaupfades sowie die damit verbundene Notwendigkeit von Reorganisationsmaßnahmen. Dieser ist andererseits ausgelöst durch die verstärkten Anstrengungen hinsichtlich der Einführung medienbruchfreier elektronischer Verwaltungsarbeit, der steigenden Anforderungen an IT-Lösungen sowie der Strategie der Standardisierung und Zentralisierung im IT-Management mit dem Ziel, den Aufgabenbestand und -zuwachs mit der geforderten Qualität effektiv und effizient zu bewältigen.

Aus dem Stellenbestand der Staatskanzlei kann eine Wahrnehmung der Aufgaben nicht sichergestellt werden.

Entsprechend der Vorgehensweise in der letzten Legislaturperiode wurde der Regierungssprecher der Landesregierung als politischer Beamter (§ 37 LBG) verbeamtet. Die Verbeamtung macht eine Umwandlung der Stelle erforderlich. Das FM hat der Verbeamtung zugestimmt.

3. Siehe Antworten zu 1 und 2.
4. Zwei der neu aufgenommenen Stellen sind mit kw-Vermerk ausgebracht und entfallen am 31.12.2016. Der Stellenabbaupfad der Staatskanzlei wird sich zusätzlich um zwei weitere Stellen erhöhen, die bis 2020 abgebaut werden. Die Einhaltung der Stellenabbaupfade ist somit sichergestellt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	03
Seite:	11
Kapitel:	03 01
Titel:	428 64
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2012:	604,3 T€
Ansatz Soll 2013:	596,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	1.013,1 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie begründet sich der Anstieg des Ansatzes gegenüber dem Soll 2013? Ist der Kostenanstieg temporär oder dauerhaft?

Antwort der Landesregierung:

Verzögerungen im Projektverlauf von KoPers machten im Haushaltsjahr 2013 Personalverstärkungen erforderlich. Der zunächst angenommene schrittweise Personalabbau in 2014 kann voraussichtlich nicht realisiert werden. Das Personal muss länger als vorgesehen weiterbeschäftigt werden, was auf heutiger Basis zu einem erhöhten Personalkostenbedarf in 2014 führt. Die Berechnung erfolgte vorbehaltlich der Fluktuation im Projekt, die gegenwärtig noch nicht eingeschätzt werden kann.

Aufgrund des Projektendes im Jahr 2015 wird der Ansatz zum Haushalt 2015 voraussichtlich erheblich sinken.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	03
Seite:	15
Kapitel:	03 02
Titel:	422 01
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2012:	273,8 T€
Ansatz Soll 2013:	195,4 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	376,7 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie begründet sich der Anstieg des Ansatzes gegenüber dem Soll 2013?

Antwort der Landesregierung:

Für die Staatskanzlei und die Landesvertretung bestand aufgrund des auskömmlichen Personalbudgets in den Jahren 2000 ff. kein Anspruch auf Tarif- und Besoldungsverstärkungsmittel. Das Personalbudget wurde in Absprache mit dem Finanzministerium bislang - trotz einer strukturellen Unterfinanzierung - nicht an die tatsächlichen Entwicklungen angepasst. Im Jahr 2013 wird die Personalkostenrücklage der Staatskanzlei voraussichtlich aufgebraucht und eine Anpassung des Personalbudgets an die tatsächlichen Verhältnisse erforderlich sein. Der Mehrbedarf wurde in den Haushaltsentwurf 2014 aufgenommen.

Außerdem fand eine Anpassung zwischen den Titelansätzen bei 0302 - 422 01 und 0302 - 428 01 an das tatsächliche Verhältnis von Besoldungs- und Entgeltempfängern statt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	03
Seite:	25
Kapitel:	03 04
Titel:	526 99
Zweckbestimmung:	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.

Ansatz Ist 2012:	0 T€
Ansatz Soll 2013:	400 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	555 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Warum wurden die Mittel nochmals erhöht?
2. Welche Maßnahmen sollen konkret aus diesem Titel finanziert werden?

Antwort der Landesregierung:

1. Nachdem im Jahr 2013 überwiegend Grundlagenarbeiten für die Fortschreibung des LEP durchgeführt wurden, soll in 2014, nach Inkrafttreten des neuen Landesplanungsgesetzes, mit der Erarbeitung der Grundlagen für die Neuaufstellung der Regionalpläne begonnen werden.
Weil alle Pläne gleichzeitig fortgeschrieben werden sollen, müssen Leistungen, die bei der Fortschreibung der einzelnen Pläne in der Vergangenheit in der Abteilung erbracht wurden, extern vergeben werden.
2. Konkret sollen aus diesem Titel insbesondere die Abschlusszahlung an die mit der Grundlagenerarbeitung für den LEP beauftragte Agentur, die Erstellung aller erforderlichen Umweltberichte, die Layout- und Druckkosten für den Anhörungsentwurf des LEP, die gutachterliche Überprüfung der Nahbereichsdarstellung/Vergabe besonderer planerischer Funktionen nicht zentraler Orte für die Regionalpläne sowie verschiedene Planungsraum bezogene Workshops und Veranstaltungen finanziert werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	10
Kapitel:	04 01
Titel:	533 01
Zweckbestimmung:	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen

Ansatz Ist 2012:	104,6 T€
Ansatz Soll 2013:	110,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	115,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Erhalten die Beschäftigten des privaten Dienstleistungsunternehmens den tariflichen Mindestlohn?
2. Wie hoch ist der Stundenlohn der Beschäftigten?

Antwort der Landesregierung:

Zu 1. Ja.
Zu 2. 8,91 €

Die Landesregierung wird in 2014 alle bestehenden Verträge mit Dritten überarbeiten, mit dem Ziel, dass spätestens ab 1.1.2015 kein Vertragsverhältnis mehr besteht, welches Stundenlöhne unter den vom Landtag im Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein beschlossenen Mindestlohn enthält.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	15
Kapitel:	04 01
Titel:	525 62
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildung

Ansatz Ist 2012:	400,0 T€
Ansatz Soll 2013:	451,7 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	517,7 T€

Frage/Sachverhalt:

Wodurch rechtfertigt sich die Steigerung des Ansatzes für den Punkt "Auswahlverfahren"?

Antwort der Landesregierung:

Durch die geplanten erhöhten Einstellungszahlen im Bereich LG 2, 1. EA im Jahr 2014 fallen für 15 Personen mehr Kosten beim Testverfahren an. Außerdem muss ein parallel durchzuführendes Z12er Verfahren stattfinden, da dieser Personenkreis mit anderen Bewerbern nicht verglichen werden darf.

Testverfahren: 17.900 € mehr im Vergleich zu 2013.

Durch die geplanten erhöhten Einstellungszahlen im Bereich LG 2, 1. EA in den Jahren 2013 und 2014 fallen für 10 bzw. 15 Personen mehr Gebühren für das Studium an der FHVD an.

Gebühren: 69.300 € mehr im Vergleich zu 2013.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	25
Kapitel:	04 03
Titel:	125 01
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus der Abgabe von amtlichen Karten und Sonderkarten

Ansatz Ist 2012:	378,8 T€
Ansatz Soll 2013:	150,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	150,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wodurch ist der verhältnismäßig geringe Ansatz verglichen mit dem Ist-Wert 2012 zu begründen?

Antwort der Landesregierung:

Der geringe Haushaltsansatz für 2014 spiegelt den zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung erwarteten Einnahmerückgang auf diesem Titel wider.

Die digitalen Produkte haben inzwischen den Markt durchdrungen und lösen die klassischen Produkte (z.B. analoge Karten) der Landesvermessung immer mehr ab. Neben der nicht vorhersehbaren und relativ kurzfristig exorbitant gestiegenen Nachfrage durch insbesondere Netzbetreiber, Energieversorger und Leitungstrassenplaner infolge des EEG, werden neue Produkte des Landesamtes (z.B. DGM, 3D-Gebäude, Hauskoordinaten, ALKIS-Daten, pp.) ebenfalls stark nachgefragt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	25
Kapitel:	04 03
Titel:	125 02
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus Vermessungsarbeiten und dem Verkauf von Karten und Geobasisdaten

Ansatz Ist 2012:	304,3 T€
Ansatz Soll 2013:	320,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	50,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Womit ist der geringere Ansatz für 2014 begründet?

Antwort der Landesregierung:

Die Druckerei des LVermGeo SH wurde mit Ablauf des Monats Juli 2013 eingestellt. Davor konnte dieser Arbeitsbereich personalbedingt seit Januar 2013 nur noch amtsinterne Kleinstarbeiten erledigen. Dementsprechend werden in diesem Jahr voraussichtlich nur sehr geringe Einnahmen durch Druckerarbeiten erzielt. Durch Buchbinder- und Falzarbeiten werden auf absehbare Zeit allenfalls noch unregelmäßige Einnahmen generiert.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	27
Kapitel:	04 03
Titel:	453 01
Zweckbestimmung:	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen

Ansatz Ist 2012:	3,2 T€
Ansatz Soll 2013:	21,6 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	20,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Mit welchem Ist rechnet die Landesregierung für 2013?
2. Wodurch ist der verhältnismäßig hohe Ansatz verglichen mit dem Ist-Wert 2012 zu begründen?

Antwort der Landesregierung:

1. Max. 5,0 T€
2. Im Rahmen der Reorganisation werden Standorte geschlossen. Im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der Standorte Oldenburg, Eutin und Lübeck in Lübeck zum 01.12.2013 und der Schließung des Standortes Schleswig ab 01.08.2013 werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versetzt, für die sich ggf. Umzugskosten und Trennungsgeldansprüche ergeben können. Die Kosten hierfür werden überwiegend im Jahr 2014 anfallen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	27
Kapitel:	04 03
Titel:	511 01
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2012:	338,4 T€
Ansatz Soll 2013:	330,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	330,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit wurden bei dem Erwerb von unter dieser Kategorie aufgeführten Materialien, Gegenständen, Geräten etc. die Grundsätze der §§ 3 und 4 TTG beachtet?

Antwort der Landesregierung:

Das LVermGeo SH ist nur Bedarfs- und nicht Beschaffungsstelle. Für das LVermGeo werden alle Beschaffungen durch die GMSH in eigener Zuständigkeit abgewickelt. Diese hat die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und damit auch des TTG zu gewährleisten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	27
Kapitel:	04 03
Titel:	511 01
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2012:	338,4 T€
Ansatz Soll 2013:	330,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	330,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit wurden bei dem Erwerb von unter dieser Kategorie aufgeführten Materialien, Gegenständen, Geräten etc. die Grundsätze der §§ 3 und 4 TTG beachtet?

Antwort der Landesregierung:

Das LVermGeo SH ist nur Bedarfs- und nicht Beschaffungsstelle. Für das LVermGeo werden alle Beschaffungen durch die GMSH in eigener Zuständigkeit abgewickelt. Diese hat die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und damit auch des TTG zu gewährleisten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	29
Kapitel:	04 03
Titel:	533 01
Zweckbestimmung:	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen

Ansatz Ist 2012:	180 T€
Ansatz Soll 2013:	255 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	255 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Mit welchem Ist rechnet die Landesregierung für 2013?
2. Womit ist der höhere Ansatz für 2013 und 2014 begründet?

Antwort der Landesregierung:

1. 170 T€. Nach derzeitigem Stand müssen in 2013 weniger Druckaufträge vergeben werden. Zudem fallen die Preise erheblich günstiger aus, als ursprünglich geplant.
2. Die höheren Ansätze resultieren aus Kalkulationen, die wegen der Aufgabe der hauseigenen Druckerei im LVerMGeo SH und der damit prognostizierten Vergabe von Druckaufträgen erstellt wurden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	30
Kapitel:	04 03
Titel:	812 01
Zweckbestimmung:	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen

Ansatz Ist 2012:	85,5 T€
Ansatz Soll 2013:	130,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	130,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Mit welchem Ist rechnet die Landesregierung für 2013?
2. Womit ist der höhere Ansatz für 2013 und 2014 begründet?

Antwort der Landesregierung:

1. 130,0 T€
2. Die Ansätze sind dadurch begründet, dass die Abteilungen des L VermGeo SH über gleichartige, GPS-gestützte Tachymeter verfügen müssen und dieser Generationswechsel der Instrumente erst im Jahr 2014 abschließend vollzogen sein wird.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	37
Kapitel:	04 05
Titel:	518 99
Zweckbestimmung:	Leasingraten für Kopiergeräte

Ansatz Ist 2012:	10,9 T€
Ansatz Soll 2013:	17,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	15,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch ist die monatliche Leasingrate des teuersten Kopierers?
2. Um wie viele Kopiergeräte handelt es sich?

Antwort der Landesregierung:

1. Die höchste Rate beträgt 0,45 T€ im Monat.
2. Es sind drei Kopiergeräte an der Landesfeuerweherschule vorhanden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	48
Kapitel:	04 07
Titel:	119 06
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen

Ansatz Ist 2012:	124,8 T€
Ansatz Soll 2013:	10,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	10,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Mit welchem Ist rechnet die Landesregierung für 2013?
2. Aus welchem Grund sind die Soll-Zahlen für 2013 und 2014 so deutlich unter dem Ist 2012?

Antwort der Landesregierung:

1. Die Landesregierung rechnet zurzeit mit einem Ist von 56,9 T€.
2. Seit 2010 werden jedes Jahr nur 10 T€ veranschlagt, da sich die Rückflüsse nicht abschätzen lassen. Diese waren in 2012 besonders hoch, weil sich im Vorjahr wegen eines Personalengpasses die Anforderung der zurückzuzahlenden Beträge verzögert hatte.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	60
Kapitel:	04 10
Titel:	232 01
Zweckbestimmung:	Zuweisungen von Mehrkosten aus Anlass des Einsatzes von Polizeikräften in anderen Ländern

Ansatz Ist 2012:	2119 T€
Ansatz Soll 2013:	1400 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	1800 T€

Frage/Sachverhalt:

Aus welchem Grund rechnet die Landesregierung mit einer Steigerung in diesem Titel?

Antwort der Landesregierung:

Die Einnahmen sind abhängig vom Einsatzgeschehen in anderen Bundesländern. Aufgrund der Ist-Einnahmen in den Vorjahren wird der Ansatz erhöht.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	67
Kapitel:	04 10
Titel:	525 01
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildung

Ansatz Ist 2012:	1.524,5 T€
Ansatz Soll 2013:	1.326,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	1.800,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Womit ist der höhere Ansatz für 2014 zu begründen?
2. Mit welchem Ist rechnet die Landesregierung in den einzelnen Unterpunkten für das Haushaltsjahr 2013?

Antwort der Landesregierung:

1. Durch höhere Einstellungszahlen werden die Kosten für die Ausbildung steigen.

2.

		Soll 2013	Voraussichtliches Ist 2013
1.	Lehr- und Lernmittel in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung	50,0 T€	40,0 T€
2.	Schulgeld, Unterrichtsentschädigung, Honorare und Prüfungsgebühren	1.100,0 T€	1.370,0 T€
3.	Kosten der Sportausbildung	48,0 T€	40,0 T€
4.	Kosten aus Anlass von Übungseinsätzen	78,0 T€	90,0 T€
5.	Sonstiges	50,0 T€	10,0 T€
		1.326,0 T€	1.550,0 T€

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	67
Kapitel:	04 10
Titel:	526 01
Zweckbestimmung:	Gerichts- und ähnliche Kosten

Ansatz Ist 2012:	40,7 T€
Ansatz Soll 2013:	90,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	90,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Mit welchem Ist rechnet die Landesregierung für 2013?

Antwort der Landesregierung:

Es wird derzeit mit Ist-Ausgaben bis zu 80,0 T€ gerechnet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	70
Kapitel:	04 10
Titel:	632 08
Zweckbestimmung:	Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an andere Länder

Ansatz Ist 2012:	188,5 T€
Ansatz Soll 2013:	300,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	300,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Womit ist die deutliche Steigerung der Ansätze für 2013 und 2014 begründet?
2. Mit welchem Ist rechnet die Landesregierung für 2013?

Antwort der Landesregierung:

1. Im Jahr 2010 betragen die Kosten rd. 190,0 T€, 2011 allerdings über 1.200,0 T€. Der Titel ist schwer zu kalkulieren. Der Soll-Ansatz von 300,0 T€ wurde daher in den Haushaltsjahren 2010 bis 2014 beibehalten.
2. Der Ansatz wird voraussichtlich deutlich unterschritten. Eine Anpassung im Rahmen der Anmeldung zur Nachschiebeliste ist geplant.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	74
Kapitel:	04 10
Titel:	511 64
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2012:	1353,4 T€
Ansatz Soll 2013:	1290,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	1583,5 T€

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit wurden bei dem Erwerb von unter dieser Kategorie aufgeführten Materialien, Gegenständen, Geräten etc. die Grundsätze der §§ 3 und 4 TTG beachtet?

Antwort der Landesregierung:

Das TTG ist erst seit dem 01.08.2013 in Kraft und wird beachtet. Da die Kosten im Rahmen von vertraglichen Verpflichtungen anfallen oder die Aufträge von der GMSH bzw. Dataport erteilt werden, liegen noch keine konkreten Erfahrungen hierzu vor.

Die Landesregierung wird in 2014 alle bestehenden Verträge mit Dritten überarbeiten, mit dem Ziel, dass spätestens ab 1.1.2015 kein Vertragsverhältnis mehr besteht, welches Stundenlöhne unter den vom Landtag im Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein beschlossenen Mindestlohn enthält.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	79
Kapitel:	04 10
Titel:	534 68
Zweckbestimmung:	Beseitigung und Vernichtung von Kampfmitteln sowie von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV)

Ansatz Ist 2012:	247,8 T€
Ansatz Soll 2013:	284,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	321,7 T€

Frage/Sachverhalt:

Aus welchem Grund rechnet die Landesregierung mit der Notwendigkeit einer Steigerung in diesem Titel?

Antwort der Landesregierung:

Die Beseitigung und Vernichtung von Kampfmitteln umfasst auch die Beseitigung der Munition im Meer, die in den nächsten Jahren weiter verstärkt wird. Des Weiteren erhöhen sich die Kosten der Vernichtung aufgrund von Preissteigerungen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	05
Seite:	9
Kapitel:	05 01
Titel:	531 02
Zweckbestimmung:	Öffentlichkeitsarbeit

Ansatz Ist 2012:	4,3 T€
Ansatz Soll 2013:	16,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	31,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen wurden in welcher Höhe in diesem Jahr aus diesem Titel finanziert?

Antwort der Landesregierung:

In 2013 wurden bislang 1.333,26 € im Bereich Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben für Medien-Abos.

Das Budget für Öffentlichkeitsarbeit wird voraussichtlich nicht ausgeschöpft, da die notwendige Überarbeitung von Broschüren, die Überarbeitung des Internetauftrittes im Hinblick auf transparente Darstellung des Haushaltes sowie Veranstaltungen und weitere Maßnahmen sich verzögert haben und erst in 2014 umgesetzt werden. Der Haushaltsansatz 2014 wird über die Nachschiebeliste auf 18 T€ angepasst.

Die in 2013 nicht verausgabten Mittel konnten zur Haushaltskonsolidierung genutzt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	05
Seite:	18
Kapitel:	05 05
Titel:	119 99
Zweckbestimmung:	Vermischte Einnahmen

Ansatz Ist 2012:	39,4 T€
Ansatz Soll 2013:	20,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	5,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie ist das voraussichtliche Ist 2013?
2. Bei welchen Einnahmen wird der stärkste Rückgang erwartet und warum?

Antwort der Landesregierung:

zu 1.

Das voraussichtliche Ist 2013 wird auf Grundlage der Einnahmen per 30.09.2013 in Höhe von 2,1 T€ mit rd. 2,8 T€ angenommen.

zu 2.

In dem Ist 2012 ist eine höhere, einmalige Entschädigungsleistung des Bundes enthalten. Mit einem vergleichbaren Vorgang ist für 2013 nicht zu rechnen. Der Durchschnitt bei den vermischten Einnahmen 2009 bis 2012 ohne größere Sonderfälle beträgt 3,7 T€.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	05
Seite:	25
Kapitel:	05 05
Titel:	535 02
Zweckbestimmung:	Kosten des Zahlungsverkehrs

Ansatz Ist 2012:	319,2 T€
Ansatz Soll 2013:	396 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	171,5 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2013?
2. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2013 wurde mitgeteilt, dass jedes Finanzamt vier Konten bei unterschiedlichen Banken unterhält. Warum ist diese Anzahl notwendig?
3. Für wann ist eine Ausschreibung für den Zahlungsverkehr geplant?
4. Wie teilen sich die Kosten auf die unterschiedlichen Banken auf?

Antwort der Landesregierung:

zu 1.

Das Ist 2013 wird voraussichtlich 342,3 T€ betragen.

zu 2.

Seit dem 01.01.2013 werden von jeder Finanzkasse/Erhebungsstelle und ihren Außenstellen im Bereich der Steuerverwaltung des Landes Schleswig-Holstein jeweils nur noch 3 Konten geführt, und zwar ein Konto bei der Deutschen Bundesbank, ein Konto bei der Postbank und ein Konto bei einem örtlichen Kreditinstitut (Sparkasse, Volksbank oder HSH Nordbank). Die Anzahl ist in der unterschiedlichen Nutzung/Leistung begründet:

- Die Kontenführung bei der Deutschen Bundesbank ist gebührenfrei. Die Konten sind elektronisch eingebunden. Über sie werden die automatisierten Ein- und Auszahlungsverfahren der Steuerverwaltung abgewickelt. Es ist keine Außenwirkung gegeben.
- Für die Konten bei der Postbank fallen keine Grundgebühren an. Die Konten werden für die Abwicklung interner Zahlungsvorgänge, wie z.B. Einzahlungen durch den Vollstreckungsaußendienst, genutzt, sind nicht elektronisch eingebunden und entfalten keine Außenwirkung. Das große Filialnetz ist von Vorteil.

- Die dritten Konten werden bei vor Ort ansässigen Kreditinstituten, die für die Steuerbürger regional erreichbar sind, geführt.

zu 3.

Zurzeit ist keine Ausschreibung vorgesehen.

zu 4.

Bei den Kosten des unbaren Zahlungsverkehrs handelt es sich in der Hauptsache um Gebühren, die bei den Kreditinstituten für Rückläufer aus nicht eingelösten Lastschrifteinzugsermächtigungen anfallen und die programmgesteuert über die Bundesbank abgewickelt werden. Die Ausgaben für 2013 werden voraussichtlich rd. 330,5 T€ betragen. Eine Aufteilung auf unterschiedliche Banken und andere Kreditinstitute ist nicht möglich.

Die Kosten bei der Postbank betragen rd. 1,1 T€ jährlich und die Kontoführungskosten bei ortsansässigen Kreditinstituten einschließlich der Kosten für Schließfächer rd. 10,7 T€.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	05
Seite:	33
Kapitel:	05 06
Titel:	517 04
Zweckbestimmung:	Bewirtschaftungskosten der ehemaligen Garnisonsfriedhöfe in Schleswig

Ansatz Ist 2012:	14,1 T€
Ansatz Soll 2013:	14,1 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	16,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wurde bei den neuen Pflegeverträgen das Tariftreue und Vergabegesetz berücksichtigt?
2. Wieviel Quadratmeter umfasst die gepflegte Fläche?
3. Was ist der Grund für den Anstieg?
4. Wurde der Leistungsumfang erhöht?

Antwort der Landesregierung:

- zu 1. Der vor Inkrafttreten des Tariftreue und Vergabegesetzes geschlossenen Pflegevertrag welcher sich jährlich automatisch verlängert ist zu überprüfen. Im Ansatz sind voraussichtlich steigende Pflegekosten berücksichtigt.
- zu 2. Auf den insgesamt 9.493 m² großen Friedhöfen sind 655 Kriegsgräber zu pflegen.
- zu 3. Das seit mehreren Jahren unveränderte Pflegegeld ist anzupassen.
- zu 4. Nein

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	05
Seite:	36
Kapitel:	05 06
Titel:	518 95
Zweckbestimmung:	Leasingraten für Krafffahrzeuge

Ansatz Ist 2012:	7,7 T€
Ansatz Soll 2013:	8,5 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	9,3 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie kommt es zu diesem Anstieg?
2. Hat sich die Fahrzeugklasse verändert?

Antwort der Landesregierung:

1. Es werden jährliche Leasing- Laufzeiten vereinbart (GMSH- Rahmenvertrag).
Es sind ansteigende Leasigraten zu erbringen.
2. Die Fahrzeugklasse wurde beibehalten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	05
Seite:	28
Kapitel:	05 06
Titel:	533 04
Zweckbestimmung:	Aufwendungen für Pfordnerdienste

Ansatz Ist 2012:	39,8 T€
Ansatz Soll 2013:	44,2 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	48,1 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Ist das Tariftreue- und Vergabegesetz bereits berücksichtigt?
2. Welche Auswirkungen hat bzw. hätte dieses Gesetz auf den Ansatz?

Antwort der Landesregierung:

1. Das Amt für Informationstechnik hat die Leistung „Pfordnerdienste“ bereits vor Inkrafttreten des Tariftreue- und Vergabegesetz durch die GMSH am 01.04.2011 fremd vergeben. Die Landesregierung wird in 2014 alle bestehenden Verträge mit Dritten überarbeiten, mit dem Ziel, dass spätestens ab 1.1.2015 kein Vertragsverhältnis mehr besteht, welches Stundenlöhne unter den vom Landtag im Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein beschlossenen Mindestlohn enthält.
2. Keine- evtl. Tarifsteigerungen sind im Ansatz berücksichtigt

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	10
Kapitel:	09 01
Titel:	533 02
Zweckbestimmung:	Aufwendungen für Pförtnerdienste

Ansatz Ist 2012:	13,6 T€
Ansatz Soll 2013:	12,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	16,7 T€

Frage/Sachverhalt:

Nach welchem Tarif werden die Beschäftigten entlohnt bzw. wie hoch ist der Stundenlohn?

Antwort der Landesregierung:

Die Aufwendungen beziehen sich auf die Pförtneri im Dienstgebäude Lorentzendamm 35, die nur in der Zeit von 15 bis 19 Uhr durch einen externen Dienstleister besetzt wird. Aktuell beträgt der Stundenlohn 7,50 € (brutto). Dies entspricht dem derzeit für die Sicherheitsdienstleistungsbranche allgemeingültigen Tarifvertrag „TVMindestlohn Sicherheit“ (veröffentlicht im Bundesanzeiger v. 11.05.2011).

Das MJKE beabsichtigt einen Mindestlohn i.H.v. 9,18 € (brutto) sicherzustellen und die GMSH in diesem Sinne mit der kurzfristig anstehenden Neuausschreibung der Dienstleistung zu beauftragen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	15
Kapitel:	09 02
Titel:	427 04
Zweckbestimmung:	Hausdienst- und sonstige Vergütungen

Ansatz Ist 2012:	241,1 T€
Ansatz Soll 2013:	300,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	300,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Womit ist die erhebliche Steigerung des Ist-Wertes aus 2012 zu erklären?
2. Unterliegen die unter diesem Punkt aufgeführten Aufgaben den Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes? Wenn ja, inwiefern?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Die Ansätze bei Titel 0902 – 427 04 werden seit mehreren Jahren im Rahmen des gesamten Personalkostenbudget des Epl. 09 überrollt. Sie beinhalten im Wesentlichen die Vergütungen für Zustellungen durch Justizwachtmeisterinnen und -wachtmeister sowie durch Justizangestellte im Rahmen einer genehmigten Nebentätigkeit. Die Ausgabenhöhe ist abhängig von der Zahl der verfügbaren Zustellungen.

Zu Frage 2:

Die zum Einen aufgrund der Allgemeinen Verfügung über die Besorgung der Hausdienstgeschäfte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften (zuletzt geändert am 27.01.2009) und zum Anderen aufgrund der Allgemeinen Verfügung zum Einsatz von Justizbediensteten im Zustelldienst (zuletzt geändert am 24.02.2009) erbrachten Hausdienst- und Zustellungsaufgaben unterfallen nicht dem Tariftreuegesetz (TTG). Der Anwendungsbereich des TTG ist auf „öffentliche Aufträge“ beschränkt. Für die Begriffsbestimmung ist auf die Legaldefinition des § 99 Abs. 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) abzustellen. Danach werden nur entgeltliche Verträge zwischen (öffentlichen) Auftraggebern und Unternehmen erfasst. Um solche handelt es sich bei Vereinbarungen über Hausdienste und Zustellungstätigkeit nicht, da diese eine Nebentätigkeit von Landesbediensteten regeln.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	16
Kapitel:	09 02
Titel:	459 02
Zweckbestimmung:	Vergütungen an Beamtinnen und Beamte im Vollstreckungsdienst

Ansatz Ist 2012:	6.852,5 T€
Ansatz Soll 2013:	7.300,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	7.300,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Mit welchem Ist rechnet die Landesregierung für 2013?
2. Womit werden die Ansatzsteigerungen vgl. mit 2012 begründet?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern steht neben dem Auslagenersatz als Abgeltung für ihre Bürokosten ein Anteil an den eingenommenen Gebühren zu (vgl. Titel 0902 – 112 02 – Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher - ca. 75% der Einnahmen).

Die Ist-Einnahmen und Ausgaben des zweiten Halbjahres 2013 werden durch das mit Artikel 6 des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (BGBl. I S. 2586) mit Wirkung vom 01.08.2013 geänderten Gerichtsvollzieherkostengesetzes maßgeblich bestimmt. Eine konkrete Hochrechnung für das zweite Halbjahr 2013 ist damit derzeit noch nicht möglich. Die Ist-Ausgaben der Vorjahre für die Bürokostenentschädigung bei dem Titel 0902 - 459 02 variieren zwischen 6.672,7 T€ und 6.882,7 T€.

Zu Frage 2:

Es wird auf die Titel-Erläuterung im HH-Entwurf 2014 Bezug genommen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	16
Kapitel:	09 02
Titel:	511 01
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2012:	5.907,1 T€
Ansatz Soll 2013:	6.200,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	6.200,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Inwieweit wurden bei dem Erwerb von unter dieser Kategorie aufgeführten Materialien, Gegenständen, Geräten etc. die Grundsätze des TTG beachtet?
2. Mit welchem Ist rechnet die Landesregierung für 2013?
3. Womit ist die Steigerung des Ansatzes vgl. mit dem Ist 2012 zu erklären?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Die vergaberechtlichen Vorschriften, u.a. das Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein werden beachtet.

Zu Frage 2 und 3:

Der Ansatz bei Titel 0902 – 511 01 wurde im HHE 2014 überrollt. Der Ansatz wird maßgeblich durch die Portokosten in den Gerichtsverfahren bestimmt (4.000 T€).

Die Ist-Ausgaben steigen seit Jahren kontinuierlich. Sie haben sich in den letzten Jahren um durchschnittlich fast 100 T€ p.a. erhöht. Demzufolge wird damit gerechnet, dass sich das Ist des laufenden Jahres bei gut 6.000 T€ bewegen wird und der Ansatz im Jahr 2014 in voller Höhe benötigt wird.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	17
Kapitel:	09 02
Titel:	518 02
Zweckbestimmung:	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge

Ansatz Ist 2012:	279 T€
Ansatz Soll 2013:	350 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	350 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch ist die monatliche Leasingrate des teuersten Kopierers?
2. Um wie viele Kopierer handelt es sich?
3. Womit ist die Steigerung zum Ist 2012 begründet?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Die GMSH hat für die Beschaffung von Kopieren eine Rahmenvereinbarung geschlossen. Die Höhe der monatlichen Raten für die jeweiligen Kopierer ist innerhalb dieses Rahmenvertrages neben dem Umfang der Nutzung abhängig von dem jeweiligen Modell und der einzelnen Ausstattung.

Die monatliche Leasingrate des teuersten Kopierers beträgt 752,04 €/Monat.

Zu Frage 2:

In der ordentlichen Gerichtsbarkeit sind 203 Kopierer geleast.

Zu Frage 3:

Der Ansatz bei Titel 0902 – 518 02 wird seit 2012 überrollt.

Die Ist-Zahlen der Vorjahre liegen zwischen 323,6 T€ und 279,0 T€. Sie variieren aufgrund des Kopieraufkommens (z.B. steigender Umfang zu kopierender Schriftsätze), technischer Zusatzoptionen (z.B. Fax- oder scan to Word-funktionen, Farb- Kopierer) sowie organisatorischer Entwicklungen (verstärktes Drucken auf den im Vergleich zu den Arbeitsplatzdruckern leistungsfähigeren Zentraldruckern/-kopieren). Im Vergleich zu dem Ist 2012 ergibt sich zum Beispiel bei dem SH OLG ein Mehrbedarf im Zusammenhang mit der Integration der Projektgruppe forumStar und der damit verbundenen teilweisen Unterbringung in Außenstellen ein erhöhter Bedarf an Fotokopierern, die zugleich technische Funktionen des Druckens und Faxens mit abdecken müssen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	17
Kapitel:	09 02
Titel:	518 99
Zweckbestimmung:	Leasingraten für Fahrzeuge

Ansatz Ist 2012:	22,2 T€
Ansatz Soll 2013:	25,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	30,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch ist die monatliche Leasingrate des teuersten Fahrzeugs?
2. Womit ist der Mehrbedarf an Leasingfahrzeugen begründet?
3. Um welche Fahrzeugtypen handelt es sich bei den geleasteten Fahrzeugen?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Die monatliche Leasingrate des teuersten Fahrzeuges beträgt 338,36 €/Monat.

Zu Frage 2:

Im HH 2013 sind bei Titel 0902 – 811 01 Mittel für die Anschaffung eines weiteren Personenkraftwagens für die IT-Projektgruppe ForumStar veranschlagt.

Zu Frage 3:

Audi A 6 Limousine 3,0 TDI
 Audi A 6 Avant 2,0 TDI
 Audi A 6 – Limousine 2,0 TDI
 Audi A 6 – 3,0 TDI multitron
 Audi A 6 – 3,0 TDI
 Mercedes E 220
 VW Golf 1,6 TDI

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	18
Kapitel:	09 02
Titel:	525 02
Zweckbestimmung:	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten

Ansatz Ist 2012:	300,1 T€
Ansatz Soll 2013:	375,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	405,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Um welche weiteren Fortbildungsmaßnahmen handelt es sich in Ziffer 1?
2. Mit welchem Ist rechnet die Landesregierung für 2013?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Der Ansatz bei Titel 0902 – 525 02 wurde im Haushaltsentwurf 2014 um 30,0 T€ für Fortbildungsmaßnahmen im Richterbereich mit Blick auf Erkenntnisse aus der von der Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts im Jahre 2012 eingerichteten Arbeitsgruppe „Personalentwicklungskonzept für Richterinnen und Richter“ erhöht. Es hat sich in den letzten Jahren ein Fortbildungsbedarf für richterliche Führungskräfte herausgestellt, der bisher nicht hinreichend abgedeckt ist, da es ein spezielles Angebot für Führungs- und Verwaltungskräfte dieses Personenkreises nur an den Deutschen Richterakademien in Trier und Wustrau gibt. Hier stehen bundesweit lediglich vier bis sechs Veranstaltungen pro Jahr zur Verfügung, die regelmäßig weit überbucht sind. Auch die auf Schleswig-Holstein entfallenden Plätze (jeweils ein Platz sowie ein Ersatzteilnehmer) sind regelmäßig deutlich überbucht. Dieser Umstand erweist, dass die bisher vorhandenen Seminarplätze zur systematischen Fortbildung richterlicher Führungskräfte nicht mehr ausreichen.

Die Überlegungen zur Einrichtung eines entsprechenden eigenen Fortbildungsangebotes sind derzeit so weit gediehen, dass Anfang des Jahres 2014 mit zwei Grundkursen begonnen werden soll, die dann im Laufe des Jahres durch jeweils zwei Aufbau-tagungen im Sommer und im Herbst ergänzt werden sollen.

Als Mittelwert für die Durchführung jeweils einer Veranstaltung wird von 5,0 T€ ausgegangen, so dass insgesamt mit einem Aufwand von 30,0 T€ für das Jahr 2014 gerechnet wird.

Zu Frage 2:

Die im HH 2013 zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 375,0 T€ sind vollständig verplant.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	21
Kapitel:	09 02
Titel:	533 04
Zweckbestimmung:	Aufwendungen für Dienstverträge

Ansatz Ist 2012:	0,0 T€
Ansatz Soll 2013:	97,5 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	130,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Nach welchem Tarif werden die Beschäftigten entlohnt bzw. wie hoch ist der Stundenlohn?

Antwort der Landesregierung:

Die Entlohnung entspricht dem Mindeststundenentgelt nach dem Tariftreuegesetz (TTG) in Höhe von 9,18 € / Std.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	21
Kapitel:	09 02
Titel:	533 05
Zweckbestimmung:	Kosten der Unterbringung nach dem Therapieunterbringungsgesetz sowie für die Unterbringung und Intensivbetreuung von ehemaligen Sicherungsverwahrten

Ansatz Ist 2012:	560 T€
Ansatz Soll 2013:	1.500 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	1.250 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Mit welchem Ist rechnet die Landesregierung für 2013?
2. In welchen Einrichtungen werden die ehemaligen Sicherungsverwahrten betreut?
3. Ist diese Intensivbetreuung durch den Staatsvertrag mit Hamburg geregelt?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Die Ist-Kosten sind durch das MJKE nur bedingt planbar, da die Zuweisung in die Therapieunterbringung durch die Landgerichte (Zivilkammern) erfolgt und die Notwendigkeit einer Intensivbetreuung ehemaliger Sicherungsverwahrter aufgrund bestehender Gefährlichkeit einzelfallabhängig ist. Aufgrund der Entwicklung und der Erfahrung anderer Länder muss mit bis zu 5 Fällen gerechnet werden. Darüber hinaus ist die teilweise kurzfristige Entlassungspraxis zu berücksichtigen.

Für die Unterbringung in der AMEOS-Klinik fallen pro Fall jährlich mind. 256 T€ an. Daraus folgt ein finanzieller Bedarf von bis zu 1.280,0 T€. Sollte kein weiterer Proband weder gem. ThUG untergebracht noch freiwillig betreut werden müssen, ist mit einem Ist für 2013 von ca. 700 T€ zu rechnen.

Zu Frage 2:

Aktuell sind alle Probanden in der AMEOS Krankenhausgesellschaft Holstein GmbH untergebracht.

Zu Frage 3:

Der Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherungsverwahrung und der Therapieunterbringung trifft Regelungen für den laufenden Vollzug der Maßregel und der

Therapieunterbringung. Besondere Aufwendungen für medizinisch-therapeutische Behandlungen der nach dem Therapieunterbringungsvollzugsgesetz Untergebrachten werden aus diesem Titel erstattet. Der Regelungsinhalt des Staatsvertrages umfasst nicht die Intensivbetreuung der Schleswig-Holsteinischen Sicherungsverwahrten nach Beendigung der Maßregel.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	23
Kapitel:	09 02
Titel:	681 01
Zweckbestimmung:	Entschädigungen an Beschuldigte und Nebenbeteiligte in Strafsachen

Ansatz Ist 2012:	666,9 T€
Ansatz Soll 2013:	750,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	750,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Mit welchem Ist rechnet die Landesregierung für 2013?

Antwort der Landesregierung:

Die Ist-Entwicklung der Vorjahre zeigt einen kontinuierlichen Anstieg auf 666,9 T€ im Jahr 2012. Die künftige Ausgabenentwicklung, die von den entsprechenden prozessualen Entscheidungen maßgeblich bestimmt ist, kann nur sehr eingeschränkt geschätzt werden. Wenn sich die Entwicklung der Vorjahre unverändert fortsetzt, wird das Ist des Jahres 2013 bei ca. 700 T€ liegen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	24
Kapitel:	09 02
Titel:	812 02
Zweckbestimmung:	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Ansatz Ist 2012:	134,1 T€
Ansatz Soll 2013:	310,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	602,5 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wodurch ist der signifikant höhere Anschaffungsbedarf begründet?
2. Was genau sind "energetische Büromöbel"?
3. Inwieweit werden bei dem Erwerb von unter dieser Kategorie aufgeführten Gegenständen die Grundsätze des TTG beachtet?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Die Erhöhung des Ansatzes gegenüber 2013 resultiert aus erstmaligem Anschaffungsbedarf sowie aus Bedarfen für Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen für die Gerichte der Ordentlichen Gerichtsbarkeit. Hierzu gehören insbesondere

- Erweiterung der Rollregalsysteme (+ 105,0 T€)
- Anschaffung einer mobilen Videokonferenzanlage (+ 40,0 T€)
- Mobiliar für Sitzungssäle (+ 70,0)
- Ergonomische Büromöbel (+ 77,5 T€)

Zu Frage 2:

Es handelt sich hier um einen Schreibfehler, gemeint war „ergonomische Büromöbel“, die im Rahmen des Arbeitsschutzes ausgetauscht werden.

Zu Frage 3:

Die vergaberechtlichen Vorschriften, u.a. das Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein werden beachtet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	30
Kapitel:	09 03
Titel:	453 01
Zweckbestimmung:	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen

Ansatz Ist 2012:	10,9 T€
Ansatz Soll 2013:	30,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	30,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Mit welchem Ist rechnet die Landesregierung für 2013?

Antwort der Landesregierung:

Die Ist-Entwicklung der Vorjahre schwankt zwischen 23,4 T€ und 10,9 T€. Für 2013 wird nach dem derzeitigen Stand mit einem Ist i.H.v. ca. 12,0 T€ gerechnet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	30
Kapitel:	09 03
Titel:	511 01
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2012:	293,8 T€
Ansatz Soll 2013:	430,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	410,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Inwieweit wurden bei dem Erwerb von unter dieser Kategorie aufgeführten Materialien, Gegenständen, Geräten etc. die Grundsätze des TTG beachtet?
2. Mit welchem Ist rechnet die Landesregierung für 2013?
3. Womit ist die Steigerung des Ansatzes vgl. mit dem Ist 2012 zu erklären?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Die vergaberechtlichen Vorschriften, u.a. das Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein werden beachtet.

Zu Frage 2 und 3:

Im HH-Vollzug 2012 mussten im Rahmen der haushaltsgesetzlichen Deckungsfähigkeit für zusätzliche Bedarfe bei Titel 517 01 „Gebäudebewirtschaftung“ u.a. Mittel in Höhe von 50,2 T€ aus Tit. 511 01 (Soll 2012: 344,0 T€) herangezogen werden. Dies spiegelt sich im niedrigen Ist-Ergebnis 2012 wider.

Unter Berücksichtigung der Bewirtschaftungsbeschränkung des Jahrs 2012 und der zusätzlichen HH-Mittel für Umbaumaßnahmen und Anschaffungen in der Abschiebungshafteinrichtung Rendsburg zur Verbesserung der Unterbringungssituation wird in 2013 mit einem deutlich höherem Ist gerechnet. Allerdings werden ebenfalls Minderausgaben erwartet, da bestehende Planungen sich möglicherweise nicht mehr im vollen Umfang realisieren lassen.

Im Übrigen wurde der Ansatz bei Titel 0903 – 511 01 mit dem HHE 2014 um 20,0 T€ durch Übertragung nach Tit. 0903 - 511 03 MG 01 abgesenkt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	36
Kapitel:	09 03
Titel:	511 03 (MG 01)
Zweckbestimmung:	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2012:	0 T€
Ansatz Soll 2013:	0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	330 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Um welche konkreten Geräte und welches Mobiliar handelt es sich?
2. Wo werden diese Geräte und Mobiliar benötigt?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1 und 2

Bei dem Tit. 511 03 handelt es sich insbesondere um Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie sonstige Gebrauchsgegenstände bis zu einer Wertgrenze von 5,0 T€. Hierunter fallen insbesondere branchenspezifische, geringwertige Wirtschaftsgüter, die u.a. für die Tischlerei, Schlosserei, Baubetriebe, Wäscherei und Küche benötigt werden, wie z.B.: Bohrer, Schleifmaschinen, Schleifteller, Fräsmaschinen, Keilriemen, Stricke, Pinsel, Muffen, Kleinwerkzeuge (Hammer, Bohrer, Feile, Meisel, Keile, Messer, Zangen), Waagen, Elektroprüfsysteme, Sensen, Spaten, Motorsägen, Sackkarre, Nasssauger, mobile Absaugung, Luftentfeuchter, Akkuschrauber, Lacktrockenwagen, Leitern, Arbeitswagen.

Hinzu kommen Ergänzungs- und Ersatzlieferungen für den vorhandenen Maschinenpark, Lager- und Transporteinrichtungen, Mobiliar und Werkbänke für die Gefangenenarbeitsplätze, Fremdleistungen für Reparatur und Wartung der Anlagen, Maschinen und Geräte, Aufwendungen für Arbeitsschutzkleidung wie z.B. Schutzstiefel oder Kettenhandschuhe.

Benötigt werden die Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalten und der Jugendanstalt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	38
Kapitel:	09 03
Titel:	812 01 (MG 01)
Zweckbestimmung:	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Arbeitsbetriebe

Ansatz Ist 2012:	0 T€
Ansatz Soll 2013:	0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	150 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Um welche Ersatzbeschaffungen handelt es sich genau?
2. Um welche Anschaffungen handelt es sich?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Es handelt sich um folgende Ersatzbeschaffungen:

Laserdrucker (Druckerei JVA Kiel), Elektroprüfstand (Elektrowerkstatt JVA Lübeck), Industrienähmaschine (Schneiderei JVA Lübeck), 3 Drehmaschinen und 1 Fräsmaschine (Maschinenbauwerkstatt JVA Neumünster)

Zu Frage 2:

Es handelt sich um folgende erstmalige Anschaffungen:

Gerätehaus (Gärtnerei JVA Lübeck) und interaktive Lehrtafel (Kfz-Lehrwerkstatt JVA Lübeck)

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	39
Kapitel:	09 03
Titel:	533 10 (MG 02)
Zweckbestimmung:	Vergütungen für Pastorinnen und Pastoren, Organistinnen und Organisten und für Frisörinnen und Frisöre

Ansatz Ist 2012:	91 T€
Ansatz Soll 2013:	95 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	95 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Ist eine landesseitige Beschäftigung von Pastorinnen und Pastoren aus Sicht der Landesregierung notwendig? Wenn ja, warum?
2. Ist es den angestellten Pastorinnen und Pastoren möglich, in allen Justizvollzugsanstalten im Land seelsorgerisch tätig zu sein?
3. Wie hoch ist der Stundenlohn der hier genannten Frisörinnen und Frisöre?
4. Wie viel verdient eine Frisörin bzw. ein Frisör pro Haarschnitt?
5. Liegen die in diesem Titel aufgeführten Leistungen im Rahmen des durch das TTG rechtlich Möglichen?
6. Aus welchem Grund werden landeseitig Organistinnen und Organisten bezahlt?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Nach §§ 53, 54 StVollzG, §§ 29, 30 UVollzG, §§ 43, 44 JStVollzG dürfen den Gefangenen religiöse Betreuung durch eine Seelsorgerin oder einen Seelsorger ihrer Religionsgemeinschaft nicht versagt werden. Auf Wunsch ist ihnen zu helfen, mit einer Seelsorgerin oder einem Seelsorger ihrer Religionsgemeinschaft in Verbindung zu treten. Die Gefangenen haben das Recht, am Gottesdienst und an anderen religiösen Veranstaltungen ihres Bekenntnisses teilzunehmen.

Um den gesetzlichen Anforderungen zu genügen, sind zwei hauptamtliche Seelsorger der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland im Justizvollzug tätig. Eine Seelsorgerin ist in der Justizvollzugsanstalt Neumünster und ein Seelsorger in der Justizvollzugsanstalt Lübeck tätig. Beide Seelsorger werden aus dem Titel 09 03 422 01 besoldet.

Darüber hinaus sind auch Seelsorger der katholischen Kirche im Justizvollzug tätig. Hierfür erhält das Erzbistum Hamburg – Generalvikariat – seit 2002 einen einmaligen jährlichen Kostenbetrag in Höhe von 51.130 € als finanzielle Beteiligung zu den Personalkosten (Personalkostenzuschuss) der katholischen Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten.

Zu Frage 2:

Die Seelsorger der Katholischen Kirche sind landesweit tätig.

Zu Frage 3 und 4:

Die Frisörinnen und Frisöre werden nicht nach Stunden, sondern je Haarschnitt bezahlt. Im Durchschnitt beträgt der Preis je Haarschnitt rd. 4,50 €.

Zu Frage 5:

Ja.

Zu Frage 6:

Organistinnen und Organisten werden bezahlt, um in Angleichung der Verhältnisse in Freiheit die von den Pastorinnen und Pastoren organisierte und durchgeführte Andacht musikalisch zu begleiten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	41
Kapitel:	09 03
Titel:	811 03 (MG 02)
Zweckbestimmung:	Erwerb von Dienstfahrzeugen

Ansatz Ist 2012:	0 T€
Ansatz Soll 2013:	0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	928 T€

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit sind hier die Grundsätze des TTG zu beachten?

Antwort der Landesregierung:

Die vergaberechtlichen Vorschriften, u.a. das Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein werden beachtet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	41
Kapitel:	09 03
Titel:	812 02 (MG 02)
Zweckbestimmung:	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Ansatz Ist 2012:	98,2 T€
Ansatz Soll 2013:	173,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	173,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Um welche Gegenstände handelt es sich hier konkret?
2. Inwieweit sind hier die Grundsätze des TTG zu beachten?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Es handelt sich um folgende Gegenstände:

Kombidämpfer (Küche JVA Kiel), Bügelpresse (Wäscherei JVA Kiel), Hygienecenter (Küche JVA Lübeck), Substitutionsdosierautomat (Lazarett JVA Lübeck), Thermen, Kübel, Deckel, Schnitzelwerk (Küche JVA Neumünster), Regalsysteme für Kleiderboxen (Kleiderkammern aller Justizvollzugeinrichtungen)

Zu Frage 2:

Die vergaberechtlichen Vorschriften, u.a. das Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein werden beachtet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	46
Kapitel:	09 04
Titel:	511 01
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2012:	216,8 T€
Ansatz Soll 2013:	220,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	215,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit sind hier die Grundsätze des TTG zu beachten?

Antwort der Landesregierung:

Die vergaberechtlichen Vorschriften, u.a. das Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein werden beachtet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	47
Kapitel:	09 04
Titel:	518 02
Zweckbestimmung:	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge

Ansatz Ist 2012:	16,1 T€
Ansatz Soll 2013:	16,5 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	16,5 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch ist die monatliche Leasingrate des teuersten Kopierers?
2. Um wie viele Kopiergeräte handelt es sich insgesamt?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Die GMSH hat für die Beschaffung von Kopieren eine Rahmenvereinbarung geschlossen. Die Höhe der monatlichen Raten für die jeweiligen Kopierer ist innerhalb dieses Rahmenvertrages neben dem Umfang der Nutzung abhängig von dem jeweiligen Modell und der einzelnen Ausstattung.

Die monatliche Leasingrate des teuersten Kopierers beträgt 339,05 €/Monat.

Zu Frage 2:

Es handelt sich insgesamt um 8 Kopiergeräte.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	52
Kapitel:	09 05
Titel:	511 01
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2012:	297,5 T€
Ansatz Soll 2013:	290,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	300,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Inwieweit wurden bei dem Erwerb von unter dieser Kategorie aufgeführten Materialien, Gegenständen, Geräten etc. die Grundsätze des TTG beachtet?
2. Mit welchem Ist rechnet die Landesregierung für 2013?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Die vergaberechtlichen Vorschriften, u.a. das Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein werden beachtet.

Zu Frage 2:

Die veranschlagten Mittel werden in voller Höhe benötigt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	52
Kapitel:	09 05
Titel:	518 02
Zweckbestimmung:	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge

Ansatz Ist 2012:	18,8 T€
Ansatz Soll 2013:	24,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	24,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch ist die monatliche Leasingrate des teuersten Kopierers?
2. Womit ist die Steigerung zum Ist 2012 begründet?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Die GMSH hat für die Beschaffung von Kopieren eine Rahmenvereinbarung geschlossen. Die Höhe der monatlichen Raten für die jeweiligen Kopierer ist innerhalb dieses Rahmenvertrages neben dem Umfang der Nutzung abhängig von dem jeweiligen Modell und der einzelnen Ausstattung.

Die monatliche Leasingrate des teuersten Kopierers beträgt 204,04 €/Monat.

Zu Frage 2:

Im Vergleich zu dem Ist 2012 ergeben sich Mehraufwendungen durch die Anmietung von 2 zusätzlichen Kopiergeräten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	53
Kapitel:	09 05
Titel:	533 04
Zweckbestimmung:	Aufwendungen für Dienstverträge

Ansatz Ist 2012:	0,0 T€
Ansatz Soll 2013:	97,5 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	97,5 T€

Frage/Sachverhalt:

Nach welchem Tarif werden die Beschäftigten entlohnt bzw. wie hoch ist der Stundenlohn?

Antwort der Landesregierung:

Die Entlohnung entspricht dem Mindeststundenentgelt nach dem Tariftreuegesetz (TTG) in Höhe von 9,18 € / Std.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	54
Kapitel:	09 05
Titel:	812 02
Zweckbestimmung:	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Ansatz Ist 2012:	0 T€
Ansatz Soll 2013:	115 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	80 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wodurch ist die Steigerung zum Ist 2012 zu erklären?
2. Inwieweit sind hier die Grundsätze des TTG zu beachten?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

In den Haushalten 2011 und 2012 waren keine Mittel im Kapitel 0905 für den Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen veranschlagt.

Die Veranschlagung im Haushalt 2013 und dem HH-Entwurf 2014 ist zum einen bedingt durch die Kosten im Zusammenhang mit dem Umzug des Sozialgerichts Itzehoe in eine neue Liegenschaft und zum anderen durch anstehende Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen.

Zu Frage 2:

Die vergaberechtlichen Vorschriften, u.a. das Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein werden beachtet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	57
Kapitel:	09 06
Titel:	511 01
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2012:	49,1 T€
Ansatz Soll 2013:	45,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	45,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit sind bei Beschaffungen in diesem Titel die Grundsätze des TTG zu beachten?

Antwort der Landesregierung:

Die vergaberechtlichen Vorschriften, u.a. das Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein werden beachtet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	57
Kapitel:	09 06
Titel:	518 02
Zweckbestimmung:	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge

Ansatz Ist 2012:	2,4 T€
Ansatz Soll 2013:	3,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	3,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist die monatliche Leasingrate des teuersten Kopierers? Um wie viele Kopiergeräte handelt es sich insgesamt?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Die GMSH hat für die Beschaffung von Kopieren eine Rahmenvereinbarung geschlossen. Die Höhe der monatlichen Raten für die jeweiligen Kopierer ist innerhalb dieses Rahmenvertrages neben dem Umfang der Nutzung abhängig von dem jeweiligen Modell und der einzelnen Ausstattung.

Die monatliche Leasingrate für den teuersten Kopierer im Schleswig-Holsteinischen Finanzgericht beträgt 71,72 €/Monat.

Zu Frage 2:

Insgesamt hat das Gericht drei Kopierer geleast.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	62
Kapitel:	09 08
Titel:	511 01
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2012:	913,1 T€
Ansatz Soll 2013:	850,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	850,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit sind bei Beschaffungen in diesem Titel die Grundsätze des TTG zu beachten?

Antwort der Landesregierung:

Die vergaberechtlichen Vorschriften, u.a. das Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein werden beachtet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	63
Kapitel:	09 08
Titel:	518 02
Zweckbestimmung:	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge

Ansatz Ist 2012:	55 T€
Ansatz Soll 2013:	70 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	60 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist die monatliche Leasingrate des teuersten Kopierers?

Antwort der Landesregierung:

Die GMSH hat für die Beschaffung von Kopieren eine Rahmenvereinbarung geschlossen. Die Höhe der monatlichen Raten für die jeweiligen Kopierer ist innerhalb dieses Rahmenvertrages neben dem Umfang der Nutzung abhängig von dem jeweiligen Modell und der einzelnen Ausstattung.
Die monatliche Leasingrate des teuersten Kopierers beträgt 276,84 €/Monat.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	64
Kapitel:	09 08
Titel:	533 01
Zweckbestimmung:	Aufwendungen für Dienstverträge

Ansatz Ist 2012:	74,7 T€
Ansatz Soll 2013:	70,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	77,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch war der Stundenlohn der Beschäftigten im Jahr 2013?
2. Wie hoch ist der Stundenlohn der Beschäftigten voraussichtlich im Jahr 2014?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Aktuell beträgt der Stundenlohn 7,50 € (brutto). Dies entspricht dem derzeit für die Sicherheitsdienstleistungsbranche allgemeingültigen Tarifvertrag „TVMindestlohn Sicherheit“ (veröffentlicht im Bundesanzeiger v. 11.05.2011).

Zu Frage 2:

Auch im Jahr 2014 wird der tarifliche Lohn gezahlt werden. Die Landesregierung wird in 2014 alle bestehenden Verträge mit Dritten überarbeiten, mit dem Ziel, dass spätestens ab 1.1.2015 kein Vertragsverhältnis mehr besteht, welches Stundenlöhne unter dem vom Landtag im Tariftreue- und Vergabegesetz beschlossenen Mindestlohn enthält.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	66
Kapitel:	09 08
Titel:	812 02
Zweckbestimmung:	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Ansatz Ist 2012:	46,9 T€
Ansatz Soll 2013:	67,5 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	67,5 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Um welche Ersatzbeschaffungen handelt es sich?
2. Inwieweit müssen hier die Grundsätze des TTG berücksichtigt werden?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Es handelt um Ersatzbeschaffungen von Arbeitsplatzmobiliar, das im Rahmen des Arbeitsschutzes ausgetauscht wird. Hierzu gehören insbesondere ergonomische EDV-Schreibtische, Bürodrehstühle, Rollcontainer, Aktenböcke sowie Akten- und Garderobenschränke.

Zu Frage 2:

Die vergaberechtlichen Vorschriften, u.a. das Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein werden beachtet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	69
Kapitel:	09 09
Titel:	511 01
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2012:	291,2 T€
Ansatz Soll 2013:	320,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	310,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit sind bei Beschaffungen in diesem Titel die Grundsätze des TTG zu beachten?

Antwort der Landesregierung:

Die vergaberechtlichen Vorschriften, u.a. das Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein werden beachtet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	83
Kapitel:	09 40
Titel:	534 04
Zweckbestimmung:	Öffentlichkeitsarbeit in Kulturangelegenheiten einschließlich Durchführung kultureller und künstlerischer Veranstaltungen

Ansatz Ist 2012:	3,2 T€
Ansatz Soll 2013:	15,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	10,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Veranstaltungen werden aus diesem Titel gefördert (bitte jeweils für die Jahre 2013 und 2014 angeben)?

Antwort der Landesregierung:

In **2013** wurden bzw. werden folgende Veranstaltungen finanziert: Bund-Länder-Tagung Niederdeutsch, Veranstaltungen zum Kulturdialog, Landesbeteiligung am Jahrestreffen des Deutschen Bühnenvereins in Kiel, Sitzungen der Kunstkommission und der Filmförderung Hamburg-Schleswig-Holstein.

In **2014** sind folgende Maßnahmen geplant: Veranstaltungen und Veröffentlichungen im Rahmen des Kulturdialogs, darunter auch die Ausrichtung eines öffentlichen Kulturparlaments im Februar 2014 im Landeshaus. Veranstaltungen im Jahr der kulturellen Bildung 2014, u.a. die Auslobung der Kulturschulen und die Auslobung einer KulturKita, vier Regionalkonferenzen mit Lehrkräften und Künstler*innen, zwei Fachtagungen und ein Markt der Möglichkeiten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	83
Kapitel:	09 40
Titel:	541 02
Zweckbestimmung:	Zur Durchführung von Veranstaltungen

Ansatz Ist 2012:	0,0 T€
Ansatz Soll 2013:	0,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	6,8 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Veranstaltungen werden aus diesem Einzeltitel finanziert?

Antwort der Landesregierung:

In **2014** sind Fachtagungen und Fachtreffen im Rahmen des Kulturdialogs und im Bereich der kulturellen Bildung sowie die Ausrichtung des Kulturausschusses der KMK in Schleswig-Holstein geplant.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	84
Kapitel:	09 40
Titel:	892 01
Zweckbestimmung:	Zuschüsse für die Umrüstung auf digitale Kinoprojektionstechnik für Filmtheater in Schleswig-Holstein

Ansatz Ist 2012:	200 T€
Ansatz Soll 2013:	200 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Warum wird diese Maßnahme eingestellt?
2. In welchem Umfang wurden Kinos in Schleswig-Holstein in den zurückliegenden Jahren (einschließlich 2013) mit Landes- und Bundesmitteln gefördert?
3. Wie viele Kinos an welchen Standorten haben von dieser Förderung profitiert?
4. Wie viele Förderanträge konnten nicht bewilligt werden?
5. Wie viele Förderanträge liegen noch vor?
6. Was sind die Gründe für eine Ablehnung im letzten Jahr gewesen?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Mit Ende des HH-Jahres 2013 wird das Sonderprogramm zur Kinodigitalisierung abgeschlossen. Dieses Vorgehen ist mit anderen Zuwendungsgebern - BKM, FFA - abgestimmt.

Zu Frage 2:

In der Laufzeit des Programms von 2011 bis 2013 sind 38 Leinwände in 30 Kinobetrieben digitalisiert worden. Der Finanzierungsanteil des Landes stellt jeweils ein Viertel der Investitionsmaßnahme pro Digitalisierungsvorhaben; insgesamt rd. 685 T€ für sämtliche Vorhaben.

Zu Frage 3:

Die Digitalisierungsmaßnahmen sind in Kinobetrieben kleinerer und mittlerer Größenordnungen vorgenommen worden. Gefördert wurden gewerbliche und nicht-gewerbliche Filmtheater, Programm- und Filmkunsttheater mit bis zu sechs Sälen pro Betriebsstätte, die einen kontinuierlichen Spielbetrieb nachweisen und mehr als 8.000 Besucher/innen pro Jahr/Saal oder mehr als 25 T€ aus Eintrittskartenverkäufen erzielen konnten. Die Standorte reichen von Bargteheide bis Niebüll, von Wyk/Föhr bis Grömitz.

Zu Frage 4:

Bis heute (Stand: 1.10.13) ist ein Antrag negativ beschieden worden.

Zu Frage 5:

Sämtliche Anträge sind abgearbeitet (Stand: 1.10.2013).

Zu Frage 6:

Die o.a. Kriterien waren nicht erfüllt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	85
Kapitel:	09 40
Titel:	685 21 (MG 02)
Zweckbestimmung:	Zuschuss für den laufenden Betrieb der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf

Ansatz Ist 2012:	5.710 T€
Ansatz Soll 2013:	6.565 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	6.930 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Besucherzahlen wurden für den Ansatz 2014 zugrunde gelegt?

Antwort der Landesregierung:

Für den Ansatz 2014 wurden die Besucherzahlen und die daraus resultierenden Einnahmen aus Eintritten der Museen der Stiftung des Jahres 2013 gewählt. Die Einnahmeerwartung für 2014 aus Eintrittserlösen beläuft sich in der Summe auf knapp zwei Millionen € über alle Institutionen der Stiftung.

Diesen Beträgen liegen u.a. folgende Besucherzahlen zu Grunde:

Schloss Gottorf / Landesmuseen Kunst und Kultur und Archäologie:

ca. 120.000 zahlende Besucher

Freilichtmuseum Molfsee – Landesmuseum für Volkskunde

ca. 120.000 zahlende Besucher

Wikinger Museum Haithabu:

ca. 140.000 zahlende Besucher

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	85
Kapitel:	09 40
Titel:	893 21 (MG 02)
Zweckbestimmung:	Zuschuss für Investitionen der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Gottorf

Ansatz Ist 2012:	585 T€
Ansatz Soll 2013:	785 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	1.500 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Baumaßnahmen sind geplant bzw. durchgeführt worden (bitte jeweils für die Jahre 2013 und 2014 angeben)?

Antwort der Landesregierung:

In 2013 sind auf der Schlossinsel sowie den weiteren Museen der Stiftung Mittel für Sanierungsarbeiten an Gebäuden und an der Infrastruktur aufgewendet worden. Investiert wurde auch in die Infrastruktur der Informations-Technik, in die Videoüberwachung und Elektro-Verteilung, die Erneuerung der Beleuchtung und die Erneuerung des Innenanstrichs bei den Ausstellungen. Ein neuer Heizkessel musste erworben werden. Im Bereich des Schlossgebäudes wurden Fenster und Türen grundsaniert und erneuert. Darüber hinaus wurden die Wikingerhäuser in Haithabu in den Gewerken Reetdach und Lehmabau ertüchtigt.

Für 2014 ist neben den allgemeinen Bauunterhaltungsmaßnahmen an den Gebäuden unter anderem der Fassaden- und Fensteranstrich am Schloss Gottorf und anderen Gebäuden vorgesehen. Der Abriss von Gebäude 24 (ehemalige Archiv- und Kutschenhalle) ist in Planung. Die Ausstellungsräume sowie die Klosterkirche im Kloster Cismar benötigen eine Einbruch- und Brandmeldeanlage. Im Freilichtmuseum Molfsee wird die Erneuerung von Ver- und Entsorgungsleitungen und Veränderungen der Wegeführung notwendig sein. In einigen Ausstellungsgebäuden müssen die Lehmdecken erneuert werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	85
Kapitel:	09 40
Titel:	684 03 (MG 03)
Zweckbestimmung:	Zuschuss für den laufenden Betrieb der Stiftung Schloss Eutin

Ansatz Ist 2012:	185 T€
Ansatz Soll 2013:	180 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	190 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Besucherzahlen wurden für den Ansatz 2014 zugrunde gelegt?

Antwort der Landesregierung:

Die Zuwendungen an die rechtsfähige öffentlich-rechtliche Stiftung Schloss Eutin werden aufgrund des Stiftungsgesetzes zur Deckung des laufenden Museumsbetriebs gewährt und bezuschussen die laufenden Personal- und Sachkosten. Der Wirtschaftsplanentwurf 2014 befindet sich derzeit in der stiftungsinternen Abstimmung. Der Eigenwirtschaftsanteil des Schlossmuseums liegt bei ca. 25 %. Für den Ansatz 2014 wurden die Besucherzahlen und die daraus resultierenden Einnahmen aus Eintritten der Vorjahre zu Grunde gelegt (geschätzte Besucherzahl: 19.000). Die Stiftung bemüht sich, die Besucherzahlen durch geeignete Marketingmaßnahmen zu erhöhen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	86
Kapitel:	09 40
Titel:	893 03 (MG 03)
Zweckbestimmung:	Zuschuss für Investitionen der Stiftung Eutin

Ansatz Ist 2012:	0 T€
Ansatz Soll 2013:	140 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	500 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Baumaßnahmen sind geplant bzw. durchgeführt worden (bitte jeweils für die Jahre 2013 und 2014 angeben)?

Antwort der Landesregierung:

Die Investitionsförderung betrug in den Jahren 2009 bis 2013 jährlich durchschnittlich rd. 250,0 T€ aus Tit. 0940 – 893 03 (MG 03) und Tit. 0940 – 893 07 (MG 15). Im HH-Jahr 2014 sind für laufende Bau- und Substanzerhaltung der Liegenschaft Schloss Eutin 250,0 T€ veranschlagt. Es handelt sich bei den Investitionsmaßnahmen insb. um jährlich wiederkehrende Maßnahmen zur Bauunterhaltung wie Maurer-, Putz-, -Dachdecker- und Malerarbeiten zur Erhaltung der Bausubstanz und der Stiftungsliegenschaften (Schloss, ca. 14 ha Schlossgarten und dessen denkmalgeschützte Bebauung).

Darüber hinaus sind im HHE 2014 Kofinanzierungsmittel von 250,0 T€ für die Herrichtung des Küchengartens samt denkmalgeschützter Bebauung im Schlossgarten veranschlagt. Diese Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit der Landesgartenschau 2017 in Eutin.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	90
Kapitel:	09 40
Titel:	684 48 (MG 13)
Zweckbestimmung:	Zuwendungen zur Förderung von ostseebezogenen Projekten

Ansatz Ist 2012:	91,8 T€
Ansatz Soll 2013:	120,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	120,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie waren die Besucherzahlen der geförderten Veranstaltungen im Jahr 2013?
2. Wie hoch ist die Förderung von Projekten außerhalb Schleswig-Holsteins und wo finden diese Projekte statt?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Die schleswig-holsteinischen Ars Baltica-Projekte erreichten in 2013 rd. 30.000 Besucher/innen; im Einzelnen: JazzBaltica 8.500 Besucher/innen, BluesBaltica 15.000 Besucher/innen, folkBaltica 6.000 Besucher/innen. Ein Weiteres Ars Baltica-Projekt ist das Debutroman-Festival im Literaturhaus Schleswig-Holstein, das von internationalen Gästen, Literaten, Verlagsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern sowie 400 Literaturfreunden besucht worden ist.

Zu Frage 2:

Außerhalb Schleswig-Holsteins sind tatsächlich in 2013 keine Ars Baltica-Projekte gefördert worden. Die Finanzierung dieser Projekte erfolgt aus rein nationalen bzw. europäischen Mitteln. In der bilateralen Kooperation mit der Region Kaliningrad, mit der Region Syddanmark, Pommern und ENCN Norwegen sind Mittel des Landes in Höhe von rd. 55,0 T€ zur Kofinanzierung eingesetzt worden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	91
Kapitel:	09 40
Titel:	684 52 (MG 13)
Zweckbestimmung:	Zuwendungen an deutsch-ausländische Kultureinrichtungen

Ansatz Ist 2012:	46,2 T€
Ansatz Soll 2013:	39,3 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	39,3 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Welche Einrichtungen werden aus diesem Titel gefördert (bitte jeweils für die Jahre 2013 und 2014 angeben)?
2. Wie hoch ist die Förderung für das Centre Culturel Francais?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Aus diesem Titel werden das Centre Culturel Francais in Kiel gefördert, die Amerika-Gesellschaft Schleswig-Holstein e.V., die Deutsche Auslandsgesellschaft in Lübeck und der Deutsch-Französische Kulturrat mit Sitz in Saarbrücken.

Zu Frage 2:

Das Centre Culturel Francais wird in beiden Jahren mit jeweils 24,3 T€ gefördert.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	101
Kapitel:	09 42
Titel:	517 01
Zweckbestimmung:	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume

Ansatz Ist 2012:	14,4 T€
Ansatz Soll 2013:	5,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	15,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie kommt der Mehrbedarf zustande?

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich um eine Anpassung an den erwarteten Bedarf aufgrund der Ist-Entwicklung der Vorjahre.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	102
Kapitel:	09 42
Titel:	527 01
Zweckbestimmung:	Dienstreisen

Ansatz Ist 2012:	10,8 T€
Ansatz Soll 2013:	3,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	12,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Auf welcher Grundlage ist das SOLL 2014 veranschlagt?

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich um eine Anpassung an den erwarteten Bedarf aufgrund der Ist-Entwicklung der Vorjahre.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	102
Kapitel:	09 42
Titel:	534 01
Zweckbestimmung:	Öffentlichkeitsarbeit sowie Ausstellungen und Vortragsveranstaltungen

Ansatz Ist 2012:	15,6 T€
Ansatz Soll 2013:	9,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	16,2 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Welche Veranstaltungen und Ausstellungen wurden aus diesem Titel gefördert (bitte jeweils für die Jahre 2013 und 2014 angeben)?
2. Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2013?

Antwort der Landesregierung:

Bis Ende September 2013 hat es folgende Veranstaltungen gegeben:

- 5 Fortbildungsseminare für Archivbenutzer (insgesamt ca. 1.000 €)
- 4 öffentliche Vorträge, vornehmlich als Beiprogramm zur Ausstellung „Das Gedächtnis unseres Landes – Archive in Schleswig-Holstein“ (insgesamt ca. 1.000 €)
- 2 Ausstellungen ab 16.5. („Das Gedächtnis unseres Landes – Archive in Schleswig-Holstein“) und ab 7.11. („9. November 1938: Die ‚Reichskristallnacht‘ in Schleswig-Holstein“) (insgesamt ca. 7.000 €).

Bis zum Ende des Jahres 2013 sind noch 3 weitere Vorträge und 1 Seminar vorgesehen (insgesamt ca. 1.000 €). Das voraussichtliche Ist 2013 beträgt rd.10.000 €.

Für 2014 sind bisher 9 öffentliche Vorträge als Beiprogramm zur Ausstellung „9. November 1938: Die ‚Reichskristallnacht‘ in Schleswig-Holstein“ vorgesehen (insgesamt ca.2.250,- €). Für die deutsch-dänische Tagung „1864 Menschen zwischen den Mächten/Mennesker mellem magterne“ wird mit Kosten von ca. 10.000,- € für Tagungsorganisation, Referentenhonorare, Übersetzungen und Drucklegung des deutsch-dänischen Tagungsbandes gerechnet.

Weitere Planungen sind noch nicht abgeschlossen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	111
Kapitel:	09 44
Titel:	231 01
Zweckbestimmung:	Zuweisung des Bundes für archäologische Denkmalpflege

Ansatz Ist 2012:	16,7 T€
Ansatz Soll 2013:	0,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum ist der Ansatz hier Null?

Antwort der Landesregierung:

Die Höhe der Zuweisungen des Bundes können im Voraus nicht benannt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	111
Kapitel:	09 44
Titel:	233 01
Zweckbestimmung:	Erstattungen von Ausgaben für Zwecke der archäologischen Denkmalpflege

Ansatz Ist 2012:	1.448,6 T€
Ansatz Soll 2013:	0,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	500,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch sind die Ist-Einnahmen für 2013 und wie setzen sich diese zusammen?
2. Auf welcher Grundlage ist das SOLL 2014 veranschlagt?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Die Ist-Einnahmen mit Stand 30.09.2013 betragen 619 T€. Es handelt sich hierbei um Erstattungen für 18 archäologische Untersuchungen gem. § 8 Absatz 1 Satz 1 DSchG. Bis zum Ende des Jahre werden weitere Einnahmen in Höhe von ca. 290 T€ erwartet.

Zu Frage 2:

Die Personal- und Sachkosten der TG 61 werden durch Dritte erstattet. Die Personalausgaben für die insgesamt 16 Stellen der TG 61 (Titel 428 61) werden zu Lasten der erwarteten Einnahmen bei den Titeln 282 02 und 233 01 veranschlagt. Die Höhe der Einnahmen ist abhängig vom Umfang der erstattungspflichtigen archäologischen Arbeiten im Zusammenhang mit Hoch- und Tiefbau, Kiesabbau usw.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	111
Kapitel:	09 44
Titel:	282 02
Zweckbestimmung:	Beiträge Dritter für Maßnahmen der Archäologischen Denkmalpflege

Ansatz Ist 2012:	538,2 T€
Ansatz Soll 2013:	0,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	290,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch sind die Ist-Einnahmen für 2013 und wie setzen sich diese zusammen?
2. Auf welcher Grundlage ist das SOLL 2014 veranschlagt?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Die Ist-Einnahmen mit Stand 30.09.2013 betragen 693 T€. Es handelt sich hierbei um Erstattungen für 40 archäologische Untersuchungen gem. § 8 Absatz 1 Satz 1 DSchG.

Bis zum Ende des Jahre werden weitere Einnahmen in Höhe von ca. 550 T€ erwartet.

Zu Frage 2:

Die Personal- und Sachkosten der TG 61 werden durch Dritte erstattet. Die Personalausgaben für die insgesamt 16 Stellen der TG 61 (Titel 428 61) werden zu Lasten der erwarteten Einnahmen bei den Titeln 282 02 und 233 01 veranschlagt. Die Höhe der Einnahmen ist abhängig vom Umfang der erstattungspflichtigen archäologischen Arbeiten im Zusammenhang mit Hoch- und Tiefbau, Kiesabbau usw.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	112
Kapitel:	09 44
Titel:	527 01
Zweckbestimmung:	Dienstreisen

Ansatz Ist 2012:	10 T€
Ansatz Soll 2013:	6 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	10 T€

Frage/Sachverhalt:

Auf welcher Grundlage ist das SOLL 2014 veranschlagt?

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich um eine Anpassung an den erwarteten Bedarf aufgrund der Ist-Entwicklung der Vorjahre.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	114
Kapitel:	09 44
Titel:	428 61 (TG 61)
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2012:	0 T€
Ansatz Soll 2013:	0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	780 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie ist die Schaffung von 5 Stellen begründet?
2. Wie kommt der Mehrbedarf an Personal zustande?

Antwort der Landesregierung:

Bei Archäologischem Landesamt wurden mit dem HHE 2014 insgesamt 21 Stellen, davon 5 Stellen im Grundhaushalt (Tit. 428 01) und 16 Stellen in der TG 61 (Tit. 428 61) entsprechend der tatsächlichen Besetzung ausgebracht. Es handelt sich um kein zusätzliches Personal.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	114
Kapitel:	09 44
Titel:	511 61 (TG 61)
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2012:	14,7 T€
Ansatz Soll 2013:	8,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	18,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie kommt der Mehrbedarf zustande?

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich um eine Anpassung an den erwarteten Bedarf.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	120
Kapitel:	09 45
Titel:	893 01
Zweckbestimmung:	Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler

Ansatz Ist 2012:	544,3 T€
Ansatz Soll 2013:	690,3 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	650,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Mit welchem Ist wird für 2013 gerechnet?

Antwort der Landesregierung:

Für 2013 wird mit einem IST von 690,3 T€ gerechnet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	11
Seite:	6
Kapitel:	11 01
Titel:	099 01
Zweckbestimmung:	Glücksspielabgabe

Ansatz Ist 2012:	1.472,8 T€
Ansatz Soll 2013:	0,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	1.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Warum wird mit einem Rückgang der Einnahmen gerechnet?
2. Wie hoch sind die Durchschnittlichen Abgaben pro erteilter Lizenz?
3. Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2013 bzw. wie hoch sind die Einnahmen bisher?

Antwort der Landesregierung:

1. Die Glücksspielabgabe betrifft nur noch Online-Casinospiele.
2. Im Jahr 2013 haben lt. Finanzamt 7 Anbieter Glücksspielabgabe für die Monate Januar 2013 bis August 2013 in Höhe von insgesamt 591.959,28 € (Stand: 10.10.2013) angemeldet. 3 Anbieter ohne Genehmigung melden – nach der Aufhebung des Glücksspielgesetzes – keine Glücksspielabgabe mehr an, so dass aktuell noch 4 Genehmigungsinhaber Glücksspielabgabe anmelden. Das Aufkommen entfiel im Wesentlichen auf 2 Anbieter (Unternehmen A: 302.971,20 € für 1-8/2013 bzw. Unternehmen B: 278.209,70 € für 1-7/2013); die übrigen Anbieter meldeten lediglich Kleinstbeträge an. Die Genehmigungsinhaber, die bisher nicht Glücksspielabgabe anmelden, sind vom Finanzamt angeschrieben worden. Einige gaben die Rückmeldung, den Aufbau eines Geschäftsbetriebs bis Jahresende voranzutreiben.
3. Die Ist-Einnahmen zum 30.09.2013 belaufen sich auf 6.120,6 T€. Davon entfallen rd. 5.450,0 T€ auf Nachzahlungen für 2012. Der Nachzahlungsbetrag betrifft überwiegend Sportwetten sowie ein Glücksspielangebot eines Anbieters ohne Genehmigung, das nach dem Glücksspielgesetz auch nicht hätte genehmigt werden können.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	11
Seite:	6
Kapitel:	11 01
Titel:	122 01
Zweckbestimmung:	Feldes- und Förderabgaben für Erdöl und sonstige Bodenschätze

Ansatz Ist 2012:	127.887 T€
Ansatz Soll 2013:	128.000 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	128.000 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie hat sich die Erhöhung der Feldes- und Förderabgabe auf die Einnahmen ausgewirkt?
2. Mit welchem Ist wird für 2013 gerechnet?
3. Wie hat sich die Erhöhung der Abgabe auf den Länderfinanzausgleich ausgewirkt?
4. Ist eine erneute Erhöhung der Abgabe vorgesehen? Wenn ja, welche Auswirkungen hätte dies auf die Einnahmen unter Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs?

Antwort der Landesregierung:

Zu 1.: Berechnungen des Finanzministeriums im Zusammenhang mit der Erhöhung der Feldes- und Förderabgabe führten zu dem Ergebnis, dass von dem Erhöhungsbetrag rd. 11 v.H. beim Land verbleiben.

Zu 2.: Unter Zugrundelegung der derzeitigen Ist-Einnahmen geht die Landesregierung davon aus, dass sich die Einnahmen 2013 insgesamt in Höhe des Ansatzes bewegen werden.

Zu 3.: Erhöhungen auf der Einnahmeseite führen unter sonst gleichen Bedingungen dazu, dass das Land geringere Bundesergänzungszuweisungen sowie geringere Ausgleichszuweisungen der Länder erhält. Bei einem Rückgang der Einnahmen gilt dies umgekehrt.

Zu 4.: Die Landesregierung prüft, die Förderabgabe ölpreisabhängig zu gestalten. In diesem Zusammenhang kann es auch zu einer Erhöhung kommen.

Die Auswirkungen auf die Einnahmen unter Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs sind abhängig von der Höhe der Abgaben insgesamt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	11
Seite:	7
Kapitel:	11 01
Titel:	372 01
Zweckbestimmung:	Globale Steuermindereinnahme

Ansatz Ist 2012:	0 T€
Ansatz Soll 2013:	-43.500 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum wird dieses Jahr auf einen Ansatz verzichtet? Werden Anpassungen im Steuerrecht, wie bspw. eine Abmilderung der "Kalten Progression", erwartet?

Antwort der Landesregierung:

Die Veranschlagung erfolgte unter Zugrundelegung der derzeitigen Rechtslage. Die weitere Entwicklung unterliegt den Entscheidungen von Bundestag und Bundesrat. Offene Gesetzgebungsverfahren gibt es derzeit nicht.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	11
Seite:	8
Kapitel:	11 01
Titel:	633 01
Zweckbestimmung:	An die Stadt Lübeck abzuführende Teile der Spielbankabgabe

Ansatz Ist 2012:	424,5 T€
Ansatz Soll 2013:	391,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	196,8 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Warum sinkt der Anteil, der an die Stadt abgeführt werden muss?
2. Wird insgesamt mit einem Rückgang des Aufkommens bei der Spielbankabgabe gerechnet? Wenn ja, warum findet sich dies nicht in einer Anpassung des Einnahmetitels wieder (Vgl. Titel 093 01)?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz ist ganz offensichtlich nicht richtig. Über die Nachschiebeliste wird eine Korrektur erfolgen.

Auf Grund der aktuellsten Zahlen werden auch die Einnahmen aus der Spielbankabgabe im Zuge der Nachschiebeliste einer Überprüfung unterzogen und ggf. angepasst. Eine signifikante Veränderung zeichnet sich derzeit allerdings nicht ab. Auf Grund des Haushaltsvermerkes, der bei den Titeln, über die die Zuführungen an die Kommunen abgewickelt werden, ausgebracht ist („Ausgaben dürfen bis zur Höhe des nach § 11 Absatz 2 Spielbankgesetz ermittelten Anteils geleistet werden.“) ist in jedem Falle sichergestellt, dass die Kommunen den Anteil an der Spielbankabgabe und der Zusatzabgabe erhalten, der ihnen nach dem Aufkommen zusteht.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	11
Seite:	9
Kapitel:	11 01
Titel:	981 03
Zweckbestimmung:	Anteil an der Glücksspielabgabe zur Förderung des Landesfeuerwehrverbandes

Ansatz Ist 2012:	0 T€
Ansatz Soll 2013:	0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	50 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist der Anteil des Landesfeuerwehrverbandes an der Glücksspielabgabe voraussichtlich 2013?

Antwort der Landesregierung:

Der u.a. dem Landesfeuerwehrverband auf Grund der Änderung des Glücksspielgesetzes zustehende Anteil wird derzeit ermittelt. Wegen des unterjährigen Inkrafttretens der Rechtsänderung (26.07.2013) ist die Ermittlung, welche Aufkommensanteile der Neuregelung unterliegen und damit der jeweilige Anteil der Begünstigten, aufwendig. Die Berechnung wird voraussichtlich im November 2013 abgeschlossen sein.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	11
Seite:	33
Kapitel:	11 06
Titel:	281 01
Zweckbestimmung:	Erstattungen für Beihilfe-Aufwendungen des Landes infolge des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes

Ansatz Ist 2012:	1.770,3 T€
Ansatz Soll 2013:	1.000,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	1.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist das erwartete Ist 2013?

Antwort der Landesregierung:

Das Ist 2013 wird voraussichtlich ca. 1.700,0 T€ betragen. Da die genaue Höhe im Vorhinein nicht konkret prognostizierbar ist, hat sich die Landesregierung 2014 zu einer vorsichtigen Veranschlagung entschlossen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	11
Seite:	46
Kapitel:	11 11
Titel:	883 01
Zweckbestimmung:	Zuweisungen für Investitionen an den öffentlichen Bereich zur Umsetzung des Programms PROFI

Ansatz Ist 2012:	0 T€
Ansatz Soll 2013:	15.000 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist das erwartete Ist 2013? Welche Maßnahmen wurden bisher gefördert?

Antwort der Landesregierung:

Für folgende Maßnahmen wurden bislang aus Titel 1111 – 883 01 MG 05 Mittel in die Einzelpläne umgesetzt:

Maßnahme	Ressort	Betrag in T€
Umrüstung von Lichtsignalanlagen auf LED-Technik	MWAVT	600,0
Erstellung einer Organisationsanalyse für den Bereich des Landesamtes für soziale Dienste des Landes Schleswig-Holstein (LAsD) durch einen externen Gutachter	MSGFG	150,0
„Vorsorgelotsen“ der schleswig-holsteinischen Betreuungsvereine	MJKE	130,0
Verbesserung der Effizienz der Wirtschaftsstrafkammern	MJKE	30,0
Organisationsuntersuchung für den Bereich des Laborwesens	StK	150,0
Erstellung einer Organisationsanalyse für den Bereich des Finanzverwaltungsamtes des Landes Schleswig-Holstein durch einen externen Gutachter	FM	247,1
Umrüstung der Beleuchtung im Hafen Büsum auf LED-Technik	MWAVT	72,0
Organisationsuntersuchung zur Neuausrichtung der Weiterbildungsförderung	MWAVT	80,0
Beschaffung einer Kühlanlage für die Jugendanstalt Schleswig	MJKE	50,0
Maschinenausstattung der Arbeitsbetriebe in den Justizvollzugsanstalten	MJKE	375,0
Stiftung Schloss Eutin: Entwicklung eines Strategiekonzepts	MJKE	20,0
	Summe	1.904,1

Weitere Anträge liegen derzeit nicht vor.

Aus dem Titel werden keine Zuweisungen durch das Finanzministerium vorgenommen, die veranschlagten Mittel werden gemäß Haushaltsvermerk in die Einzelpläne der Fachressorts umgesetzt und dort verausgabt. Bei dem Titel wird es in der Folge keine Ist-Ausgaben geben, stattdessen wird das Haushaltssoll im Haushaltsvollzug reduziert; es beträgt nach derzeitigem Stand 13.095,9 T€.

Im Übrigen wird auf Artikel 5 des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Verkehrsinfrastruktur verwiesen, vgl. Landtagsbeschluss vom 23. August 2013 zu Drucksache 18/913.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	11
Seite:	47
Kapitel:	11 11
Titel:	533 01
Zweckbestimmung:	Ausgaben für Organisationsentwicklungen und Werkverträge

Ansatz Ist 2012:	0 T€
Ansatz Soll 2013:	0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	2.500 T€

Frage/Sachverhalt:

Was für Maßnahmen sollen gefördert werden? Nach welchen Kriterien werden die Untersuchungen vergeben?

Antwort der Landesregierung:

Für das kommende Jahr ist der Abschluss eines Rahmenvertrages für eine externe Beratungsleistung beabsichtigt. Diese Beratungsleistung soll die Landesregierung bei der Umsetzung ihrer Konsolidierungsmaßnahmen unterstützen, insbesondere durch die Entwicklung eines Konzepts zur Reorganisation der Landesverwaltung sowie durch die Unterstützung bei Veränderungsprozessen in einzelnen Ressorts sowie ressortübergreifend. Schwerpunktmäßig soll es dabei auch um die Bewertung und konzeptionelle Einbindung von Vorschlägen zur Reorganisation, die aus der Verwaltung selbst kommen, sowie um die Initiierung und Unterstützung eines entsprechenden Prozesses gehen. Des Weiteren sollen innerhalb dieses Prozesses die Schnittstellen innerhalb der Landesverwaltung sowie der Landesverwaltung zu den Kommunen optimal miteinander verzahnt werden, um landesweit und Ebenen übergreifend den größtmöglichen Erfolg zu erzielen. Die Ausschreibung eines Rahmenvertrages befindet sich bereits in Vorbereitung.

Daneben ist vorgesehen, mit den veranschlagten Mitteln die Weiterentwicklung des Zinsmanagements des Landes voranzutreiben. Ziel ist die Unterstützung bei der strategischen Neuausrichtung im Hinblick auf die geringe Risikoabsorptionsfähigkeit des Landeshaushalts einerseits und die erhöhte Verbindlichkeit und Fristigkeit der Ausgabenansätze im Finanzplan andererseits. Mit Blick auf die Zinsänderungsrisiken sind vor allem die drei Teilbereiche betroffen: Erfassung und Messung, Steuerung und Begrenzung sowie Berichtswesen und Controlling.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	11
Seite:	47
Kapitel:	11 11
Titel:	883 03
Zweckbestimmung:	Zuweisungen für Investitionen an den öffentlichen Bereich für Innovationsmaßnahmen

Ansatz Ist 2012:	0 T€
Ansatz Soll 2013:	0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	2.500 T€

Frage/Sachverhalt:

Was für Maßnahmen sollen gefördert werden?

Antwort der Landesregierung:

Als Weiterentwicklung des Programms „Betriebskostenoffensive vorsorgende Finanzpolitik (PROFI)“, Programmteil B „Förderung investiver Maßnahmen“, aus dem Haushaltsjahr 2013 sollen auch im Haushaltsjahr Maßnahmen gefördert werden, die in späteren Jahren zu Haushaltsentlastungen führen.

Zur Ausgestaltung dieses Programms PROFI B in 2013 wird auf die Umdrucke 18/1127 und 18/1413 verwiesen.

Es ist noch keine Entscheidung über die Förderung konkreter Maßnahmen gefallen. Die Ressorts wurden aufgefordert, bis Mitte November 2013 Maßnahmen zu benennen. Von den vorgesehenen Mitteln sollen im Rahmen der Nachschiebeliste 150,0 T€ für eine anstehende Auftragsvergabe für ein Gutachten UK S-H (ÖPP-Verfahren) sowie 200,0 T€ für ein beabsichtigtes schiedsgerichtliches Verfahren in Sachen Stiftung Schloss Glücksburg in die Einzelpläne 05 bzw. 09 umgesetzt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	12
Seite:	8
Kapitel:	12 03
Titel:	519 03
Zweckbestimmung:	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen der Landesvertretung in Berlin

Ansatz Ist 2012:	86,5 T€
Ansatz Soll 2013:	30,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	186,5 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Was ist Grund für den erhöhten Bedarf.
2. Welche Maßnahmen sollen hieraus finanziert werden?
3. Wie hoch ist das vorraussichtliche Ist 2013?

Antwort der Landesregierung:

1. Das von Niedersachsen und Schleswig-Holstein gemeinsam errichtete und genutzte Gebäude wurde 2001 eröffnet. Die Bauverwaltungen beider Länder haben zusammen mit den Nutzern nach fast dreizehnjähriger Nutzung Bedarfe in den unten aufgeführten Bereichen festgestellt.
2. Für das Haushaltsjahr 2014 sind folgende Unterhaltungsmaßnahmen geplant:
 - a. Aufarbeitung der Holzfenster
 - b. Erneuerung Küchentechnik
 - c. Erneuerung Energieoptimierungsanlage
 - d. Gebäudeüberwachung/Sicherheitstechnik
 - e. Medien- und Belichtungstechnik
 - f. Sonstige Kleinreparaturen
3. Nach derzeitigem Stand sind Bauunterhaltungsmittel in Höhe von 15,0 T€ abgefordert worden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	12
Seite:	30
Kapitel:	12 09
Titel:	724 81
Zweckbestimmung:	JVA Lübeck - Herrichtung Haus B

Ansatz Ist 2012:	0 T€
Ansatz Soll 2013:	100 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	1.425 T€

Frage/Sachverhalt:

Wären diese Kosten auch entstanden, wenn in Lübeck ein Neubau für die Unterbringung von Sicherungsverwahrten gebaut worden wäre?

Antwort der Landesregierung:

Das Haus B sollte unabhängig vom Neubau eines Sicherungsverwahrungsvollzugsgebäudes modernisiert, saniert und für den Vollzug umgebaut werden.

Zurzeit wird die Finanzierungsunterlage (FU)-Bau für den Umbau des Hauses B erstellt. In einem Teil des Erdgeschosses ist die Einrichtung von zwei Plätzen für die Entlassungsvorbereitung von Sicherungsverwahrten sowie für die Gestaltung von Räumen zur optionalen Nutzung für die Unterbringung von bis zu drei Sicherungsverwahrten vorgesehen. Die vorhandenen Planungen werden entsprechend modifiziert. Von einer Erhöhung der Baukosten ist dabei nicht auszugehen, da die mit dem Umbau von Haus B verbundenen Kosten im Wesentlichen aus der Grundsanierung und Modernisierung des Gebäudes resultieren und diese unabhängig von der Nutzung des Gebäudes entstehen.

Wenn der Neubau für Sicherungsverwahrte errichtet worden wäre, würde das Haus B ausschließlich für die Unterbringung von Strafgefangenen (u. a. solche mit vorbehaltener oder angeordneter Sicherungsverwahrung) umgebaut werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	12
Seite:	54
Kapitel:	12 20
Titel:	511 02
Zweckbestimmung:	Leistungsentgelte für zentrale Kurier- und Postdienstleistungen

Ansatz Ist 2012:	1.106,4 T€
Ansatz Soll 2013:	849,5 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	1.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Werden im Ansatz die Auswirkungen des Tariftreue- und Vergabegesetzes berücksichtigt? Wie wirkt sich dies auf den Ansatz aus?

Antwort der Landesregierung:

Das Tariftreue- und Vergabegesetzes ist nicht berücksichtigt.
Es ergibt sich keine Auswirkung auf den Ansatz, weil Teilleistungen von der GMSH mit eigenem Personal nach TVL erbracht werden. Für Fremdleistungen gelten zur Zeit die bestehenden Verträge, die vor Inkrafttreten des Tariftreue- und Vergabegesetzes ausgeschrieben wurden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	12
Seite:	54
Kapitel:	12 20
Titel:	517 91
Zweckbestimmung:	Bewirtschaftungsleistungen an die GMSH

Ansatz Ist 2012:	50.018,5 T€
Ansatz Soll 2013:	46.122,1 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	47.028,4 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Werden im Ansatz die Auswirkungen des Tariftreue- und Vergabegesetzes berücksichtigt? Wie wirkt sich dies auf den Ansatz aus?
2. Welche Auswirkungen hat das Mindestlohngesetz auf diesen Ansatz? Wurde dies bereits berücksichtigt?

Antwort der Landesregierung:

Das Tariftreue- und Vergabegesetzes ist nicht berücksichtigt.

Es ergibt sich keine Auswirkung auf den Ansatz, weil Teilleistungen von der GMSH mit eigenem Personal nach TVL erbracht werden. Für Fremdleistungen gelten zur Zeit die bestehenden Verträge, die vor Inkrafttreten des Tariftreue- und Vergabegesetzes ausgeschrieben wurden. Die Landesregierung wird in 2014 alle bestehenden Verträge mit Dritten überarbeiten, mit dem Ziel, dass spätestens ab 1.1.2015 kein Vertragsverhältnis mehr besteht, welches Stundenlöhne unter den vom Landtag im Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein beschlossenen Mindestlohn enthält.

Die künftigen Kosten werden im Rahmen von Neuausschreibungen durch das Mindestlohngesetz und das Tariftreue- und Vergabegesetz ansteigen. In welchem Umfang ist derzeit mangels Erfahrungswerten nicht bekannt. Mit wesentlichen Auswirkungen wird nicht gerechnet, da für die überwiegenden Fremdleistungen schon Tariflöhne gezahlt werden (z.B. Reinigungshandwerk).

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	14
Seite:	19
Kapitel:	14 05
Titel:	812 01
Zweckbestimmung:	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Ansatz Ist 2012:	2.028,7 T€
Ansatz Soll 2013:	2.440,0 T€
Ansatz Soll HHE 2014:	4.001,5 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Welche Maßnahmen sind im kommenden Jahr geplant?
2. Welchen Einfluss hat das TTG auf diesen Titel? Hat dies Kostensteigerungen zur Folge? Wie werden die sozialen und ökologischen Kriterien überprüft?
3. Hat das TTG Auswirkungen auf die Beschaffungslosgröße?

Antwort der Landesregierung:

zu 1.:

In 2014 erfolgt der weitere gestufte Erwerb der Lizenzen für den landesweiten Einsatz des Verfahrens KoPers aufgrund des Ausschreibungsergebnisses aus dem Jahre 2011. Des Weiteren fallen Kosten für den Betrieb des Verfahrens bei Dataport sowie Kosten für Dienstleistungen im Rahmen des Werkvertrages und das Projektmanagement an.

zu 2.:

Das TTG hat keinen Einfluss auf diesen Titel. Kostensteigerungen hat das TTG somit nicht zur Folge. Da das TTG keine Anwendung findet, entfällt eine Prüfung der Kriterien.

zu 3.:

Nein.